

HSBC im Fokus der Steuerfahnder

Das amerikanische Justizministerium versucht mit allen Mitteln, belastendes Material über die britische Bank zu bekommen. Das bekommt auch der Zürcher Anwalt Felix Mathis zu spüren. *Von Sebastian Bräuer*

Ein knappes Jahr nach dem Vergleich mit der UBS nimmt das US-Justizministerium die britische HSBC ins Visier. Bisher sind keine konkreten Vorwürfe gegen das Institut bekannt. Die Ermittler setzen jedoch gezielt Personen im Umfeld der HSBC unter Druck, ihr Wissen über die Geschäftstätigkeiten der Bank weiterzugeben. «Sie suchen nach sämtlichen Informationen, die sie über die HSBC bekommen können», berichtet ein ehemaliger Ermittler des Ministeriums. «Die Bank steht im Fokus.»

Ein Beispiel für das ruppige Vorgehen: Innerhalb der letzten zwei Wochen erhielten amerikanische Steuerzahler mit HSBC-Konten schriftliche Hinweise, dass gegen sie ermittelt werde – verbunden mit der Aufforderung, sich in Washington zu melden. Lawrence Horn, Anwalt bei Sills Cummis & Gross, vertritt zwei US-Bürger indischer Herkunft, die Versionen des Schreibens erhielten.

Jagd auf potenzielle Kronzeugen

In den Briefen wird die Bank nicht namentlich genannt. Horn bestätigt jedoch, dass seine Klienten HSBC-Kunden sind. Das Ministerium untersuche, ob die Angeschriebenen die Offenlegung von Auslandskonten versäumt und so Strafgesetze gebrochen hätten, heisse es in dem Schreiben, das auf den 9. Juli datiere und von Staatsanwalt Kevin Downing unterzeichnet sei. Downing war im vergangenen Jahr massgeblich für das Vorgehen der US-Behörden gegen die UBS verantwortlich.

Horn prüft derzeit, ob und wie er auf den Brief reagiert. Bei Verdacht auf Steuerhinterziehung spricht in den USA einiges dafür, mit den Ermittlern zu kooperieren und so das mögliche Strafmass zu senken. Durch Gespräche mit Branchenkollegen konnte der Steueranwalt in Erfahrung bringen, dass das Justizministerium HSBC-Kunden im ganzen Land kontaktiert hat: Die Empfänger der Briefe sassen unter anderem in New York, Dallas, Houston, Washington und Los Angeles.

Bis jetzt besitzt das Justizministerium offenbar kein Material, um der HSBC systematische Beihilfe zur Steuerhinterziehung vorwerfen zu können.



Was geschah hinter diesen Scheiben? Amerikanische Ermittler suchen in aller Welt nach Erkenntnissen: Fassade eines HSBC-Gebäudes in Genf.

«Sie würden einen Durchbruch brauchen, wie es der Fall Birkenfeld war», urteilt der Ex-Ermittler des Ministeriums. «Nur dann besteht die Möglichkeit, dass die HSBC zur nächsten UBS wird.» Durch das umfassende Geständnis des ehemaligen UBS-Mitarbeiters Bradley Birkenfeld waren die USA im Juni 2008 an Informationen gekommen, die das scharfe Vorgehen gegen die Schweizer Bank überhaupt erst ermöglichten.

Zürcher Anwalt angeklagt

Auch in Zürich hofft das Justizministerium auf einen Kronzeugen. Felix Mathis, Anwalt bei der Kanzlei Froriep Renggli, wird von Washington der Beihilfe zur Steuerhinterziehung beschuldigt. Sein Klient Andrew Silva hatte im Februar gestanden, einen sechsstelligen Geldbetrag auf mehrere Umschlä-

ge verteilt per Post von der Schweiz in die USA geschickt zu haben, um den Fiskus zu hintergehen. Andrew Silva, ein Arzt aus dem US-Gliedstaat Virginia, war bei der Einreise am Flughafen Newark aufgefliegen, weil er einen Teil des Geldes in bar mitführte. Seitdem gibt es unterschiedliche Aussagen, wer die fatale Idee hatte, auf eine Deklaration des Vermögens zu verzichten.

Kurz nach Silvas Geständnis trat das US-Justizministerium mit einer ungewöhnlichen Anfrage an Mathis heran: Er solle Informationen über die allgemeinen Geschäftstätigkeiten der Schweizer HSBC-Tochter weitergeben. Mathis gab daraufhin bei dem Freiburger Juraprofessor Marcel Niggli ein Gutachten in Auftrag. «Dieses kam nicht unerwartet zum Schluss, dass eine Weitergabe von Daten mehrfach Schweizer Recht brechen würde», sagt

Kanzleipartner Peter Merz. Mathis verweigerte die Kooperation. Daraufhin verklagte das Justizministerium am 15. Juli Mathis selbst. Die Zürcher Kanzlei Froriep Renggli unterstellt der US-Justiz, mit dem Vorgehen vor allem weitere Beteiligte einschüchtern zu wollen. «Wir befürchten, dass die USA mit der Klage gegen Mathis ein Exempel statuieren wollen», sagt Merz.

In der Klageschrift, die sich im Wesentlichen auf Aussagen Silvas stützt,

«Wir befürchten, dass die USA mit der Klage gegen Mathis ein Exempel statuieren wollen.»

wird Mathis zum Hauptverantwortlichen für den Verzicht auf eine Deklaration des Vermögens gemacht. Ein Vergleich verschiedener Aussagen Silvas lässt Zweifel an dieser Darstellung aufkommen. Im Juni hatte er bei einer Vernehmung laut Gerichtsprotokoll noch den Druck seines Bruders als wesentlichen Grund für die Entscheidung genannt, das Geld nicht zu versteuern.

In einem kanzeleiinternen Schreiben stellt sich Merz hinter seinen Mitarbeiter: «Der Barbezug erfolgte auf ausdrücklichen schriftlichen Wunsch von Andrew Silva», heisst es darin. Mathis habe Silva ausdrücklich empfohlen, die bezogenen Gelder zu deklarieren und so von der Steueramnestie zu profitieren. «Aus unserer Sicht besteht kein Zweifel, dass Andrew Silva die Unwahrheit gesagt hat, um sich eine milde Bestrafung zu sichern.»

Boni im Vergleich

Vergütungspläne, die im Verhältnis zur Firmenleistung der Konkurrenz stehen, könnten an Bedeutung gewinnen

Eine Banken-Rangliste liefert neuen Stoff für die Boni-Debatte. Laut dem Ranking hätte die UBS 2009 kaum Boni bezahlen dürfen.

Gabriela Weiss

Die Führung von Postfinance, der Kantonalbanken Genf, Basel und Waadt sowie der Migros-Bank verdient einen überdurchschnittlichen Bonus. Die obersten Chefs von UBS, Clientis, Bank Coop, Zürcher und Glarner Kantonalbank hingegen verdienen nur einen verhältnismässig kleinen Bonus – wenn überhaupt. Zu diesem Ergebnis kommt der Bonusindex für Schweizer Banken der Zürcher Researchfirma Obermatt (siehe Tabelle). Ob die genannten Banken für das Jahr 2009 zu viel oder zu wenig erhalten haben, geht aus der Rangliste nicht hervor. Der Bonusindex soll nur die Transparenz erhöhen. «Aktionäre können von aussen feststellen, ob ein hoher, mittlerer oder tiefer Bonus gerechtfertigt ist», sagt Obermatt-Chef Hermann J. Stern.

Stern ist überzeugt: Indexierte Bonuspläne, die auf operativen Kennzahlen und nicht auf Aktienkursen basieren, könnten den Streit um die «richtigen» Anreize für Boni lösen helfen. «Mit der Indexierung fällt der Bonus weder zu hoch noch zu tief aus, weil nur die operative Leistung belohnt wird», sagt Stern. Sie wird relativ zu vergleichbaren Unternehmen gemessen.

sen. Herkömmliche Bonuspläne hingegen zahlten, so Stern, in wirtschaftlichen Aufschwüngen zu viel und in Abschwüngen zu wenig, weil der ökonomische Zyklus mitvergütet werde. Stern erhält Unterstützung von Verhaltensökonomern wie Ernst Fehr, Professor an der Universität Zürich: «Die relative Leistung messen ist der richtige Weg. Das weiss man seit den 1980er Jahren», sagt er. Bonuspläne sollten Manager weder bestrafen noch belohnen für Entwicklungen, die ausserhalb

Hermann J. Stern

Der Chef der Firma Obermatt unterstützt indexierte Bonuspläne, weil damit operative Leistung belohnt werde.



ihres Verantwortungsbereichs liegen. Mit dem Schweizer Bauchemie-Hersteller Sika und dem Österreicher Leuchtenproduzenten Zumtobel versuchen sich derzeit zwei Industrieunternehmen in der Einführung indexierter Bonuspläne. Die sprunghafte Entwicklung der vergangenen zwei Jahre habe Sika dazu bewogen, die Bonuspolitik anzupassen, sagt Kommunikationschef Rainer Weihofen. «Indexierte Bonuspläne sind langfristig nachhaltig, fair und vom Budget abgekoppelt.» «Prima vista scheinen solche Bonusysteme interessant», sagt Stephan

Hostettler, Chef der Beratungsfirma Hostettler & Partner. Auf den zweiten Blick beurteilt er indexierte Bonuspläne auf der Basis operativer Kenngrößen skeptisch. «Wie stellt man die Vergleichsgruppe zusammen? Sind die nötigen operativen Kennzahlen zeitlich verfügbar und vergleichbar?» Solche Fragen stellen sich laut Hostettler in der Praxis. So kann Postfinance als Staatsbetrieb mit tieferem Eigenkapital arbeiten als andere Banken. Dieses fliesst als Grösse in den Vergleich ein.

Fragezeichen setzt Hostettler auch bei den Anreizen: «Eine Firma könnte – um sich von der Konkurrenz abzuheben – übermässiges Risiko eingehen.» Zudem könne es für ein Unternehmen in einer Krise überlebenswichtig sein, die besten Leute anzubinden. «Bei temporär schlechtem Geschäftsgang kann es deshalb auch aus Eigentümersicht angebracht sein, trotzdem angemessene Boni zu zahlen.»

Der Bonusindex-Promoter Stern versteht die Kritik nicht: «Die Indexierung von Bonusplänen ändert nur die Höhe des Bonusziels, das sich flexibel der Konjunktur anpasst. Dadurch ist der indexierte Bonus schlicht sachgerechter.» Die Erfahrungen bei Sika oder Zumtobel, die neu auf indexierte Pläne setzen, werden zeigen, ob Stern mit seiner Analyse recht bekommt. Dem Vernehmen nach interessieren sich jedenfalls zunehmend auch Schweizer Banken für Bonuspläne, welche die relative Leistung anhand von operativen Kennzahlen messen.



CS-Chef Dougan erhielt 2009 einen Spitzenbonus für überdurchschnittliche Leistung.

Postfinance top – UBS Flop

Bankenrating Jahr 2009

Unternehmen	Relative Stärke in der Vergleichsgruppe	Bonus-Multiplikator
Postfinance	100%	2,0
Banque Cantonale de Genève	97%	1,9
Basler Kantonalbank	94%	1,9
Migros-Bank	91%	1,8
Banque Cantonale Vaudoise	88%	1,8
Basellandschaftliche Kantonalbank	85%	1,7
Aargauer Kantonalbank	82%	1,6
Graubündner Kantonalbank	79%	1,6
Walliser Kantonalbank	76%	1,5
Credit Suisse	74%	1,5
UBS	10%	0,2
Clientis	9%	0,2
Bank Coop	6%	0,1
Zürcher Kantonalbank	3%	0,1
Glarner Kantonalbank	0%	0,0

Lesebeispiel: Das Bankenrating rangiert die Institute nach dem Wachstum ihres Betriebsgewinns im Verhältnis zum Eigenkapital. Die Credit Suisse schneidet in ihrer Vergleichsgruppe für das Jahr 2009 mit 74% überdurchschnittlich ab. 26% der Banken in der Vergleichsgruppe waren besser, 73% schlechter. Mit dem Bonusmultiplikator kann die verdiente Bonushöhe ermittelt werden: Wenn der Zielbonus zum Beispiel 100 000 Fr. ist und der Bonusmultiplikator 1,2, dann ist der verdiente indexierte Bonus 120 000 Fr.

Quelle: Obermatt